Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf berechnet, bei dermaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259. | Dresden, Dienstag den 8. November 1910. | 21. Jahrg.

Verschlechterte Ernährung der ländlichen Bevölkerung.

2.

Neben den schlechten Ernährungsverhältnissen sind es namentlich die ländlichen Wohnungsverhältnisse, welche einen ungünstigen Einfluß auf die Gesundheit des Landvolkes ausüben. „In dieser Hinsicht", heißt es in dem genannten Werk, „unterscheidet sich Württemberg oder Bayern kaum vom nördlichen Deutschland, im Gegenteil scheint uns, daß die Wohnungsverhältnisse der zahlreicheren unselbständigen ländlichen Arbeitspersonen im östlichen Preußen nicht unwesentlich schlechter sind als in den südlichen Bundesstaaten." Das heißt also, die Wohnungsverhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung seien in Süddeutschland nur ein klein wenig besser als in Ostpreußen. In Bayern sollen sie ja auch wesentlich dazu beitragen, daß die Tuberkulosesterblichkeit eine so hohe sei. Die Ernährungsverhältnisse verschlechtern sich aber ganz ebenso wie in Norddeutschland. In Oberbayern wird die Milch zu Käse und Butter verarbeitet. Die Dienstboten erhalten daher statt Butter Margarine. Die Ernährung der Arbeiterfamilien im Bezirksamte Tölz „lasse viel zu wünschen übrig, da namentlich die Frauen und Kinder größtenteils auf Kaffee bezw. Surrogate ... angewiesen seien". In einer Zuschrift des landwirtschaftlichen Kreisausschusses von Oberbayern wird gesagt: „Die Kindersterblichkeit hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen und hat ihren hauptsächlichsten Grund in Verdauungsstörungen, Abnahme der Brusternährung und Verabreichung verdorbener oder unzweckmäßiger Nahrungsmittel. Die zahlreichen Molkereien tragen sicher dazu bei, daß die Kindersterblichkeit überhand nimmt." Im Regierungsbezirk Schwaben erhalten die Kinder statt, wie früher, Milchsuppe eine Suppe aus Wasser und Brot. „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ländliche Bevölkerung, wenn diese Ernährungsweise erst viele Dezennien fortgesetzt wird, in ihrer körperlichen Entwicklung den größten Schaden leiden muß." In einem Pfarrsprengel im Algäu werden fast 95 Proz. der Milchproduktion zu Käse verarbeitet. „Den Lehrpersonen fällt bereits seit vielen Jahren die schlechte Ernährung der Schulkinder auf. Ein großer Teil der Kinder sieht blaß aus, ist schlecht entwickelt und in der Schule wenig aufnahmefähig. . . . Es macht den Eindruck, als ob das Nervensystem überhaupt durch die ungünstigen Ernährungsverhältnisse gelitten hätte." Mit der Verschlechterung der Ernährung verbreitet sich der Alkoholismus. In Niederbayern herrscht sogar die Gewohnheit, in die Saugflasche der Säuglinge Bier zu tun oder den Schnuller in Bier oder Branntwein zu tauchen! Aus der Pfalz wird mitgeteilt, daß die Arbeiterbevölkerung besser lebe als die günstiger situierte landwirtschaftliche Bevölkerung, „deren Hauptnahrung dünne Suppe, Kaffee, Brot, Kartoffeln und Käse bilden. Die Zahl der Magen- und Darmkrankheiten sei deshalb groß. In der Oberpfalz äußert sich die schlechte Ernährung, wie mehrere Berichte angeben, namentlich bei den Frauen in auffallend frühem Altern, da zu diesen Ernährungsmängeln rasch aufeinander folgende Geburten und anstrengende Arbeitsleistungen hinzukommen. Auch in Mittelfranken ist die Ernährungsweise eine schlechtere geworden. Statt Milchprodukten werden Rindsnierenfett, amerikanisches Schweinefett und Zichorienbrühe verzehrt.

Ganz ähnliche Zustände werden aus Württemberg mitgeteilt: Die Milch wandert in die Molkereien, an ihre Stelle tritt Zichorienbrühe oder „Most", soweit es sich nicht um ganz Arme handelt. Die Kinder sehen bleich, ihre Widerstandskraft gegen Krankheiten wird geringer, ihre geistige Regsamkeit geht zurück.

Bei allen diesen Untersuchungen handelt es sich um direkt landwirtschaftliche Bevölkerung. Das industrielle Sachsen ist deshalb auch gar nicht berücksichtigt worden. Das zahlreiche gesammelte Material, aus dem wir nur einige Stichproben wiedergeben konnten, bringt den unzweideutigen Beweis, daß sich mindestens die Ernährungsverhältnisse der großen Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung in jüngster Zeit wesentlich verschlechtert hat. Das Gesinde erhält eine schlechtere, zur Ernährung nicht ausreichende Kost. Die landwirtschaftlichen Arbeiter können sich die nahrhaften Produkte der Landwirtschaft nicht beschaffen und leben von billigen Surrogaten. Aus Frivolität verkauft der Kleinbauer aber auch seine Milch, seine Butter und das Fleisch nicht, um von Rindsnierenfett, Kartoffeln, Leinöl und Schwarzbrot zu leben: Nur unter solchen Opfern vermag er eben seine Existenz aufrecht zu erhalten, kann er seine Schuldzinsen zahlen und die übrigen Lebenskosten decken. Die Zahl der Molkereien ist aber in Dänemark, in Holland, in Schweden und Norwegen relativ größer als in Deutschland und dennoch sind die Ernährungsverhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung besser, wenn auch überall festgestellt wurde, daß die Milchnahrung auf dem Lande durch die Molkereien abgenommen hat. Das geht ja auch daraus hervor, daß in diesen Ländern die Säuglingssterblichkeit am geringsten ist und auch die Sterblichkeit im allgemeinen nicht so groß ist wie in landwirtschaftlichen Gegenden Deutschlands.

Daß aber auch die agrarische Zollpolitik Schuld an dieser Entwicklung hat, bestätigt Dr. Kaup, indem er die Forderung erhebt: Der Butterbedarf sollte ähnlich wie in England in immer höherem Maße vom Auslande gedeckt werden. Der Butterimport beträgt zurzeit nur 13 Proz. der deutschen Butterproduktion. „Warum sollte es nicht möglich sein, in ausgedehnterem Maße aus Rußland, den Niederlanden, aus Schweden und Norwegen Butter zu importieren?" fragt Dr. Kaup. Aber er sollte auch wissen, daß auf dem Doppelzentner Butter ein Zoll von 20 M. liegt! Fehlt es denn aber nur an Milch und Butter? Ist die Fleischnot nicht ebenso groß!? Die von der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt" und dem „deutschen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege" — die den agrarischen Kreisen am nächsten stehen — veranlaßten Erhebungen haben somit ein Resultat zutage gefördert, das die schärfste Verurteilung der bisherigen agrarischen Zollpolitik in sich trägt. „Weg mit den Zöllen auf Lebensmittel!" — Diese Forderung ist auch im Interesse des größten Teiles der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu erheben.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung leidet allerdings nicht nur unter den schlechten Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen, sondern auch, wie die Erhebungen von neuem festgestellt haben, unter dem Mangel der hygienischen Einrichtungen, den schlechten Schulzuständen, unter der Unwissenheit, kurz unter der Rückständigkeit und Unkultur, die wir der agrarischen Herrschaft, der Herrschaft des Junkertums zu danken haben. Die Niederwerfung dieser habsüchtig herrschenden Klasse ist die Vorbedingung, daß bessere Zustände auch auf dem Lande geschaffen werden können.

Das Ende des Bruhnprozesses.

Der Erpresserprozeß gegen den Herausgeber der „Wahrheit", den konservativ-antisemitischen Reichstagsabgeordneten Bruhn, nimmt nach 14tägiger Verhandlung das Ende, das wir gleich zu Beginn des Prozesses vorausgesagt haben. Zum Schluß hat sich auch der Staatsanwalt, Herr Leisering, zu dem Geständnis bequemen müssen, daß Ehrenmännern vom Schlage des Wahrheits-Mannes mit den plumpen Mitteln der Justiz nicht beizukommen ist.

Hier ereignet sich also der ganz seltene Fall, daß ein Zeitungsherausgeber vor einem preußischen Gericht freigesprochen wird — was ohnehin in tausend Jahren nur einmal vorkommt, sondern daß sogar der Staatsanwalt Freisprechung beantragt. Wer denkt dabei nicht an die Jahrhunderte von Gefängnis, die von preußischen Gerichten über sozialdemokratische Redakteure verhängt worden sind! Strafen von einem, zwei, drei Jahren sind abgesessen worden wegen Lappalien — aber von keinem dieser zahllosen Opfer hat der Staatsanwalt in dem Ton sprechen dürfen, in dem Herr Leisering von Wilhelm Bruhn gesprochen hat. Er konnte seine politischen Gegner ins Gefängnis bringen, aber die Ehre absprechen konnte er ihnen nicht: aufrecht, hocherhobenen Hauptes verließen sie alle die Stätte, an der die Richter ein Schuldig! über sie gesprochen hatten.

Dagegen läßt sich die Rede, die der Staatsanwalt Leisering über den nationalen Reichstagsabgeordneten Bruhn gehalten hat, dem Sinne nach am besten in die Worte zusammenfassen: „Er ist zwar ein Lump, doch beantrage ich seine Freisprechung." Das ist das gerade Gegenteil von dem unausgesprochenen Grundsatz, den die Justiz gegenüber sozialdemokratischen Pressesündern handhabt: „Sie sind zwar Ehrenmänner, aber sie müssen verurteilt werden!"

Selbstverständlich gibt es keinen sozialdemokratischen Redakteur, der Herrn Wilhelm Bruhn seinen Freispruch nicht von Herzen gönnte. Erst durch den Freispruch hat diese nationale Biedermannskomödie den ihrer würdigen krönenden Abschluß gefunden. Zur Aufdeckung eines stinkenden Sumpfes staatserhaltender und hochpatriotischer Preßkorruption gesellt sich nunmehr das Fiasko der Justiz, die gestehen muß, daß sie zwar wohl imstande sei, anständige Leute ins Unglück zu bringen, daß sie aber gegenüber den schlimmsten Auswüchsen jeder Korruption machtlos sei.

An interessanten Einblicken in das wirtschaftliche und sozusagen „geistige" Leben der Großstadt hat es in diesem Prozeß nicht gefehlt.

Die um Bruhn zeigten sich als das Lumpenproletariat der Feder, als die Schmocks, die nie ihre Ueberzeugung verkaufen, weil sie nie eine besessen haben, die können schreiben nach rechts und schreiben nach links. Herr Eduard Goldbeck, der im Hauptberuf bei der jüdischen Firma Ullstein Demokratie machte, als Nebenbeschäftigung aber gegen angemessene Bezahlung bei Bruhn u. Ko. den Judentotschlag betrieb, ist ein Musterexemplar der Gattung. Schmocks, die vom äußersten Konservativismus zum Linksliberalismus, von der Mittelstandsrettung zum absoluten Freihandel, und wieder von radikalem Demokratentum zur wüstesten Scharfmacherei herüber- und hinüberwechseln, gibt es auf dem Berliner journalistischen Arbeitsmarkt in Masse. Und der Witz der Weltgeschichte will, daß diese Schmocks nicht selten, soweit überhaupt ein Restchen von Ueberzeugung in ihnen lebt, in ihrer Grundstimmung Antisemiten sind, was sie natürlich nicht hindert, auch für jüdisches Geld die gewünschte Ware zu liefern!

Bedauernswertes Publikum, das die verlogenen Phrasen jener gekauften Meinungsmacher für sittliche Offenbarungen nimmt und sich an ihnen am Ende sogar „national" und „patriotisch" begeistert. Es stinkt in der Berliner Küche der bürgerlichen „öffentlichen Meinung", es stinkt so sehr, daß sich selbst ein kgl. Staatsanwalt und ein ganzer kgl. preußischer Gerichtshof die Nase zuhalten müssen.

Der Bruhnprozeß geht zu Ende. Die Angeklagten werden freigesprochen! Gerichtsdiener, öffnen Sie die Fenster!

* * *

Zu Beginn der Montag-Sitzung werden noch einige Zeugen über den letzten Anklagepunkt Koller vernommen. Sie bekunden, daß das Lindencasino an die Aufnahme des Inserats nicht die Bedingung geknüpft hat, andere Nachtlokale anzugreifen. Dann wird die Zeugenvernehmung geschlossen. — Angekl. Wilhelm Bruhn ersucht, noch einige Feststellungen machen dürfen. Es hat eine ganze Reihe von Instituten in der „Wahrheit" inseriert, obwohl sie angegriffen worden sind, z. B. der Direktor des Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhauses Wagner, die Firma August Scherl G. m. b. H., die Dresdner Bank und die Nationalbank. Vert. Rechtsanw. Bredereck: Uns liegt weiter etwas an der Feststellung, daß ähnlich wie die „Wahrheit" auch andere Zeitungen die Straßenhändler mit Plakaten versehen haben, so z. B. die „B. Z. am Mittag". Wie im übrigen von dieser Zeitung vorgegangen wird, mag das Zeugnis des Hoteldirektors Hohmann, des Nachfolgers des Herrn Schaurte, beweisen. Direktor Hohmann wurde nämlich eine Rechnung der „B. Z. am Mittag" zur Bezahlung präsentiert, die eigentlich hätte noch von Herrn Schaurte bezahlt werden müssen. Als Direktor Hohmann die Bezahlung ablehnte, erklärte der Vertreter der „B. Z. am Mittag": „Wenn Sie nicht bezahlen, werden wir Angriffsartikel bringen." Tatsächlich sind Angriffsartikel erschienen. — Angekl. Wilhelm Bruhn: Ich möchte weiter feststellen, daß erste Firmen Berlins in der „Wahrheit" inseriert haben, Firmen, bei denen jede Erpressung ausgeschlossen ist.

Im Einverständnis mit allen Prozeßbeteiligten wird nunmehr die Beweisaufnahme geschlossen und Staatsanwalt Leisering begründet die Anklage: Es war uns von vornherein klar, daß der Beweis der Schuld nicht leicht zu führen sein werde. Es handelt sich nicht um gewöhnliche Erpressungen, sondern um erpresserische Handlungen, die in versteckter Weise unter Zuhilfenahme einer Zeitung vorgenommen sind. Das wird nicht so gemacht, daß es alle Welt merkt. Der Beweis war auch deshalb schwer zu führen, weil sich niemand gern vor Gericht hinstellt und sich über derartige Dinge befragen läßt. Die Zeugen mußten sich sagen, daß begrabene Sachen hier wieder zur Sprache kommen würden. Es ist auch unangenehm, wenn Zeugen bekunden sollen, daß sie vor einem Menschen Angst gehabt haben. Das Gefühl der Angst gesteht überhaupt niemand gern ein, denn es liegt darin auch das Zugeständnis, daß man Anlaß zur Angst hatte. Deshalb haben wir nur so schwer Zeugen bekommen können. Andererseits fürchteten die Zeugen auch den Haß des Angeklagten Wilhelm Bruhn. Was die einzelnen Fälle anlangt, so ist beim Fall Israel der Zeuge Nowarra glatt umgefallen und ich muß daher die Freisprechung beantragen. Es sind ja fast alle Belastungszeugen hier umgefallen, so daß der Schluß berechtigt ist, sie haben damals während des Dabiel-Prozesses, der allgemeinen Suggestion folgend, mehr gesagt, als sie verantworten konnten. Auch beim Fall Jandorf lasse ich die Anklage fallen, wenn auch Wilhelm Bruhn hier moralisch nicht einwandfrei gehandelt hat. Er hat höchst private Angelegenheiten der Familie Jandorf an das Licht der Oeffentlichkeit gezerrt. Den Einwand, daß die anderen Zeitungen das auch tun, lasse ich nicht gelten. Zunächst einmal ist bei anderen Zeitungen der Inseratenteil vom redaktionellen Teil streng getrennt. Und dann veröffentlichen die anderen Zeitungen auch keine Angriffe mit persönlichen Spitzen. Es ist auch ein himmelweiter Unterschied zwischen der „Wahrheit" und den anderen Zeitungen vorhanden, denn in anderen Zeitungen wird der Reklame wegen inseriert, in der „Wahrheit" aber, um sich vor Angriffen zu schützen. Beim Fall Hintze scheidet der Angeklagte Wilhelm Bruhn vollkommen aus und es käme in Frage, ob der Angeklagte Weber allein Erpressungen begangen hat. Auch das muß ich verneinen und beantrage Freisprechung. Das Ergebnis der Hauptverhandlung über diesen Fall ist für Wilhelm Bruhn nicht gerade rühmlich. Der Verleger der „Großen Glocke", Davidsohn, der doch seine Pappenheimer kennen muß, hat zu Hintze gesagt, er möchte einmal der „Wahrheit" ein paar Inserate geben, dann werde sich die Sache schon machen lassen. Beim Fall Wertheim ist der Zeuge Wolf Wertheim glatt umgefallen und ich muß Freisprechung beantragen, obwohl objektiv der Tatbestand der Erpressung vorliegt. Beim Klub Berolina ist Dreiwurst umgefallen und es wird auch hier Freisprechung beantragt. Beim Fall Koller schließlich kann ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen zwischen den Ereignissen vorliegen und deshalb wird auch da Freisprechung beantragt. Wenn Wilhelm Bruhn auch als Freigesprochener den Saal verläßt, er hat keine Veranlassung, es hocherhobenen Hauptes zu tun. Sein Blatt ist hier als Sensationsblatt ersten Ranges charakterisiert worden und auch der Gerichtshof hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er eine derartige Ergänzung der Tagespresse nach der Richtung der Erörterung rein persönlicher Angelegenheiten weder für notwendig noch für wünschenswert hält. Der Angeklagte nimmt den zweifelhaften Ruhm mit sich, daß die „Wahrheit" ein Schrecken für die Berliner Geschäftswelt war und daß in weiten Kreisen die Ueberzeugung herrschte, mit Inseraten ihr beikommen zu können.

Verteidiger Rechtsanwalt Bredereck bezeichnete die „Wahrheit" als ein ernstes politisches Blatt, das die Auswüchse des Großkapitalismus bekämpfe. Die Anklage sei zerflossen wie Nebel vor der Sonne. Der Angeklagte habe seine Inserenten nicht geschont. Die Leiter der Annoncenabteilungen der drei größten Berliner Geschäfte haben gesagt, es wäre bei der „Wahrheit" nicht anders gewesen wie bei anderen Blättern. Das Zeugenmaterial sei vielfach nicht erstklassig gewesen und man müsse auch bedenken, daß Juden gegen einen Antisemiten ausgesagt haben. Wer in der Oeffentlichkeit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101108/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG